

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846-48 pbbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 109

12. Juni 1978

Karl Liedtke MdB sichert dem neuen Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum die Unterstützung durch die SPD zu.

Seite 1/2

Karsten D. Voigt MdB spricht sich für solidarische Hilfen bei der EG-Süderweiterung aus.

Seite 3/4

AsF-Bundesvorsitzende Elfriede Hoffmann begrüßt das IBFG-Programm zur Frauengleichberechtigung.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Ein schwieriges Amt

Die SPD-Bundestagsfraktion wünscht dem neuen Bundesinnenminister viel Erfolg

Von Karl Liedtke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Leitung des Bundesinnenministeriums ist seit jeher eine schwere Aufgabe. Die Sachgebiete, die im BMI ressortieren, sind breit gefächert.

Neben der Abteilung für öffentliche Sicherheit steht die Verfassungs-Abteilung, neben der Abteilung für Verwaltungsorganisation steht die Abteilung für öffentliches Dienstrecht, neben der Abteilung für Reaktorsicherheit steht die Abteilung Sport, neben der Abteilung Umweltschutz steht die Abteilung für Angelegenheiten der Vertriebenen und für kulturelle Angelegenheiten, nicht zuletzt ist das BMI verantwortlich für den Bundesgrenzschutz und die zivile Verteidigung.

Ein Spezialproblem ist für den Bundesinnenminister der gute Kontakt zu seinen Kollegen aus den Ländern, da auf vielen Gebieten - zum Beispiel auf dem Gebiet der inneren

Sicherheit - die Verantwortung auf Bund und Länder verteilt ist.

Angesichts dieser schweren Aufgabe ist es sehr zu begrüßen, daß Gerhart Rudolf Baum zum neuen Bundesinnenminister ernannt worden ist. Mit ihm wird ein Mann an die Spitze des Bundesinnenministeriums gestellt, der nicht nur die persönlichen Fähigkeiten für dieses Amt mitbringt, sondern der auch durch fast sechsjährige Tätigkeit als Parlamentarischer Staatssekretär in diesem Ministerium die erforderliche Sach- und Fachkompetenz besitzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wünscht dem neuen Innenminister einen guten Start und viel Erfolg in seinem neuen, schwierigen Amt.

Die Opposition hat es sich nicht nehmen lassen, die Ernennung Baums mit Mißtönen zu begleiten, die das Mindestmaß politischen Anstands unterschritten. Der neue Innenminister kann dies allerdings mit Gelassenheit ertragen.

Wer zu Beginn die schlechtesten Noten verteilt, hat sein Pulver verschossen und kann in Zukunft nur noch eine bessere Beurteilung abgeben.

(-/12.6.1978/ks/lo)

+ + +

EG muß als Faktor der Demokratie glaubwürdig bleiben

Der Schritt von der Gemeinschaft der Industriestaaten zur Solidaritätsgemeinschaft

Von Karsten D. Voigt MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung des Auswärtigen Ausschusses zur "Erweiterung der EG nach Süden" haben die Sozialdemokraten in ihrer Auffassung bestärkt, daß der von uns unterstützte Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft ein umfassendes Solidaritätsprogramm zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder erforderlich macht.

Alle Verbandsvertreter und Wissenschaftler waren sich in der Anhörung darüber einig, daß mit der Erweiterung der EG um Griechenland, Spanien und Portugal ein qualitativer Schritt von einer Wirtschaftsgemeinschaft hochentwickelter Industriestaaten zu einer Gemeinschaft von Industriestaaten und sogenannten Schwellenländern getan würde.

Dieser Schritt, der von uns Sozialdemokraten auch im Interesse der Stabilisierung der jungen Demokratien in Griechenland, Spanien und Portugal bejaht wird, beinhaltet neben einer Vielzahl von Problemen auch die Chance zu einem neuen Dynamismus und neuen Aufgabenstellungen in der Gemeinschaft: Mit dem Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals wird die Nord-Süd-Problematik zu einem Teil einer Aufgabe innerhalb der EG. Aus diesem Grunde ist eine entwicklungspolitische Konzeption zugunsten der Beitrittsländer, eventuell ergänzt durch zusätzliche Maßnahmen zugunsten der Türkei, Zyperns, Maltas und auch Jugoslawiens erforderlich.

Sowohl die Vertreter der Industrie als auch der Gewerkschaften waren sich über die Notwendigkeit einer gezielten Entwicklungspolitik zugunsten der Beitrittsländer einig. Gemeinsam wurden strukturpolitische Schwerpunkte und Maßnahmen zur Förde-

zung der Infrastruktur (z.B. gezielte Förderung der technologischen Entwicklung, der Planungs- und Verwaltungskapazitäten, Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Qualifikation, gezielte Förderung von Infrastruktur im Verkehrsbereich und bestimmter Formen der Energieerzeugung) genannt.

Einig waren sich die Fachleute, daß Griechenland, Spanien und Portugal von Anfang an als vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder am Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft beteiligt sein müßten. Dies schließt die Notwendigkeit von Übergangszeiten (über deren Länge und zentrale Differenzierung sich die Fachleute uneinig waren) nicht aus. Vorgeschlagen wurde von einzelnen Fachleuten auch eine Übergangszeit bis zur vollen Gültigkeit des Prinzips der Freizügigkeit innerhalb der erweiterten Gemeinschaft, obwohl sich alle Fachleute darüber einig waren, daß das Versprechen der Freizügigkeit weniger ein Problem Griechenlands, Spaniens und Portugals als im Verhältnis zur Türkei werden würde. Der Deutsche Gewerkschaftsbund bejahte das Prinzip der Freizügigkeit, schlug aber für eine Übergangszeit den Nachweis eines vorhandenen Arbeitsplatzes vor Einreise und Arbeitsaufnahme in einem Mitgliedsland der Gemeinschaft vor. Wir Sozialdemokraten werden im weiteren Verlauf der Beitrittsverhandlungen diese Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes ernsthaft prüfen müssen, ohne das Ziel der uneingeschränkten Freizügigkeit in der EG aus dem Auge zu verlieren.

Mit den Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1979 wird ein weiterer Schritt zur Stärkung der demokratischen Institution der Europäischen Gemeinschaft getan. Dieser Schritt muß durch die Offenheit der Europäischen Gemeinschaft für die Mitgliedschaft aller europäischen Demokratien ergänzt werden, damit die EG als Faktor der Demokratie glaubwürdig bleibt und als Faktor des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa wirksamer werden kann. (-/12.6.1978/ks/lo)

+ + +

Frauengleichberechtigung berührt auch die Gewerkschaften

IBFG-Beschlüsse haben große Bedeutung für DCB und SPD

Von Elfriede Hoffmann

Bundsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Neben der SPD, deren Vorstand bekanntlich eine Arbeitsgruppe "Gleichstellung der Frauen" eingesetzt hat, machen sich nun auch die Gewerkschaften Gedanken über die bessere Eingliederung der Frauen in die Gewerkschaftsorganisationen.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat in einem Aktionsprogramm versucht, das Verhältnis der Frauen zu den Gewerkschaften, aber auch der Gewerkschaften zu den Frauen zu analysieren und Maßnahmen zur besseren Integration vorschlagen. Das Anliegen des IBFG hierbei, durch höhere Mitgliedschaft und Mitwirkung von Frauen die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit zu stärken, ist dabei legitim und wird im übrigen auch von der Arbeitsgruppe "Gleichstellung der Frauen" als ein vorrangiges Ziel für die SPD erkannt.

Der Verdienst des IBFG bei der Erstellung des Aktionsprogramms liegt darin, daß er selbstkritisch davon ausgeht, daß in der Vergangenheit viel zu wenig für die Beseitigung der Hindernisse getan worden ist, die sich den Frauen bei einer den Männern gleichgestellten Mitwirkung am Gewerkschaftsleben entgegenstellten.

So sollen künftig z.B. Versammlungsorte, Zeitpunkt und Dauer der Sitzungen so ausgewählt werden, daß sie für Frauen akzeptabel sind. Außerdem soll während der Sitzungen Vorsorge für die Betreuung kleiner Kinder getroffen werden. Zu dieser Forderung des IBFG läßt sich eindeutig eine Parallellität zur SPD herstellen. Die ASF, als die Vertreterin der Fraueninteressen in der SPD, hat seit langem Kinderbetreuung bei Parteiveranstaltungen und besonders bei politischen Weiterbildungsseminaren für Frauen - als eine der Voraussetzungen der besseren Beseitigung von Frauen am politischen Geschehen - herausgestellt. Wegen des höheren Kostenaufwandes muß diese Forderung von der Gesamtpartei übernommen und durchgesetzt werden, um zu erreichen, daß die Zuschußrichtlinien für solche Seminare auch für die Betreuung von Kindern angewandt werden können.

Im internationalen Bereich hat sich die Frauenbeschäftigung besonders stark im Dienstleistungssektor entwickelt, der aus allen möglichen, nach Ländern unterschiedlichen Gründen den Ruf hat, daß eine Organisation hier am schwierigsten ist. Aber gerade der Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften in Banken, Büros, Versicherungen und im Erziehungswesen sowie in der Verwaltung beweist das Gegenteil und macht deutlich, daß Frauen in immer stärkerem Maße einer gewerkschaftlichen Organisation positiv gegenüber stehen.

Diesem Zuwachs weiblicher Mitglieder - der erfreulicherweise auch ein Merkmal des Strukturwandels der SPD ist - stehen - in den Gewerkschaften genauso wie in der SPD - unzureichende Angebote für eine aktive Beteiligung an der Gewerkschafts- bzw. Parteilarbeit entgegen. Das heißt, weder in den Gewerkschaften noch in der SPD sind Frauen auf den Führungsebenen in dem Maße beteiligt, der ihrem Organisationsgrad entspricht. Der IBFG hat klar erkannt, daß die Beteiligung der Frauen an Führungs-

aufgaben der Gradmesser ist, an dem organisierte und nichtorganisierte Frauen die Gewerkschaftsarbeit messen werden. Im Orientierungsrahmen 85 ist für die SPD eine ähnliche Erkenntnis festgeschrieben: "Die SPD wird diese Politik nur dann glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftliche Gruppen beispielgebend sein, wenn sie in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frauen ernst macht."

Der DGB hat bei seinem Hamburger Bundeskongreß aus diesen Erkenntnissen und aus dem seit 1970 ansteigenden Anteil weiblicher Mitglieder schon erste Konsequenzen gezogen. Er legte fest, daß bei der Wahl oder Besetzung der gewerkschaftlichen Gremien die Frauen so berücksichtigt werden, wie es ihrem Mitgliederanteil entspricht. Dieser DGB-Beschluß fordert die Solidarität der männlichen Gewerkschafter heraus. Ohne ihren Verzicht ist ein solcher Beschluß nicht zu realisieren; es sei denn, alle Organe werden um einen entsprechenden Anteil "Frauensitze" erweitert.

In der SPD hat die ASF als erste die Diskussion um die stärkere Beteiligung in Entscheidungsgremien entsprechend dem Mitgliederanteil aufgenommen. Das Für und Wider einer solchen Regelung für die SPD ist schwer abzuwägen. Sie darf keinesfalls als die endgültige Lösung des Problems einer besseren Integration der Frauen in das politische Geschehen angesehen werden. Aber der Versuch, Frauen auf der jeweiligen Ebene mindestens ihrem Mitgliederanteil entsprechend zu beteiligen, ihnen eine bessere Chance zu geben, könnte sich lohnen - für die Frauen und für die Partei.

Die Vorschläge, die der IBFG in seinem Aktionsprogramm zur besseren Beteiligung der Frauen an den gewerkschaftlichen Entscheidungsgremien macht, können fast wortgleich zur Verbesserung der Situation der Frauen in der SPD übernommen werden.

Es müssen

- geeignete Maßnahmen getroffen werden, damit bei der Wahl oder Besetzung der gewerkschaftlichen Gremien die Frauen so berücksichtigt werden oder zum Zuge kommen können, wie es ihrem Mitgliederanteil entspricht;
- Frauen als Vertreterinnen der Gewerkschaftsbewegung in politischen oder sonstigen Beratungs- und Beschlußfassungsorganen, in denen die Gewerkschaften vertreten sind oder Sitze haben, vorgeschlagen und akzeptiert werden;
- die Mittel gefunden werden, um mehr Frauen zu ermutigen, Vertrauensposten zu übernehmen, in dem beispielsweise ein möglicher Bildungsrückstand aufgeholt wird und eine Politik betrieben wird, die auf die Erleichterung und Teilung der Familienpflichten abzielt;
- die Fähigkeiten der geschulten Gewerkschafterinnen systematischer für andere Aufgabenbereiche als die Probleme der Frau oder soziale Aktionen genutzt werden.

(-/12.9.1978/ks/lo)

- - + + + +